

GEMEINDERATSWahl IN STUHR: DIE ANTRETENDEN PARTeien ANTWORTEN AUF DIE WICHTIGSTEN FRAgen



Am kommenden Sonntag, 12. September, wird in Stuhr ein neuer Gemeinderat gewählt. Sechs Parteien schicken ihre Kandidaten ins Rennen. Die Gemeinde ist dabei in zwei Wahlbereiche aufgeteilt. Im Wahlbereich I (Stuhr, Moordeich, Varrel und Groß Mackenstedt) bewerben sich 15 Kandidaten der CDU, acht Kandidaten der SPD, sechs Kandidaten der Grünen, sieben Kandidaten der FDP und fünf Kandidaten des Vereins Besser. Neu ist die AfD mit einem Kandidaten. Im Wahlbereich II (Brinkum, Seckenhausen, Heiligenrode und Fahrenhorst) treten 15 Kandidaten der CDU, zehn Kandidaten der SPD, sieben Kandidaten der Grünen, sechs Kandidaten der FDP und neun Kandidaten vom Verein Besser an. Der WESER-KURIER hat den Parteien fünf Fragen zu ihrem Programm gestellt.



Sowohl der Ortskern in Stuhr als auch die Mitte von Brinkum sollen in den kommenden Jahren neu gestaltet werden. Vor allem der Verkehr steht dabei im Fokus. FOTO: TAMMO ERNST

Sowohl in Brinkum als auch in Stuhr sollen die Ortskerne umgestaltet werden. Welche Schwerpunkte möchten Sie dort jeweils setzen?

Die Ortskerne sollen Orte der Begegnung für alle Bürgerinnen und Bürger der Gemeinde sein. Wir möchten ein kulinarisches und kulturelles Angebot mit neuem Wohnraum verbinden. Tolle Events wie Weinfest, Weihnachtsmarkt, Schweinemarkt oder Oldtimertreffen sollen um weitere Veranstaltungen ergänzt werden. Wichtig ist, dass die Ortskerne mit allen Verkehrsmitteln gut erreichbar sind. Wir wollen weiter eine Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger bei der Entwicklung der Ortskerne, damit diese eine breite Akzeptanz erhalten. Dazu gehören auch vernünftige Lösungen für die Verkehre im Ort.



Es sollte eine gute Erreichbarkeit für alle Bürgerinnen und Bürger gewährleistet sein (zum Beispiel Linie 8). Die Plätze in den Ortskernen sollten nach Möglichkeit verkehrsberuhigt sein. Die Aufenthaltsqualität muss stimmen, um eine hohe Verweildauer zu erzielen. Wir denken an einen Mix aus Wohnen, Gastronomie, Dienstleistern, kleineren Geschäften und an Wochenmärkte. Auch Spielbereiche für Kinder sollten vorhanden sein. Kurze Wege steigern die Attraktivität. Die gemeindeeigenen Gebäude könnten unter anderem für kulturelle Zwecke genutzt werden.



Für Brinkum und Stuhr wünschen wir uns ein interessantes und vielfältiges Angebot aus Gastronomie, Einzelhandel und Dienstleistung. Auch wollen wir Möglichkeiten für kulturelle Veranstaltungen schaffen. Attraktives Wohnen im Zentrum gehört ebenfalls dazu. Hier muss es viele kleinere und größere Wohnungen für jeden Geldbeutel geben. Wir sind zuversichtlich, zeitnah eine positive Entwicklung in Brinkum zu erleben. Im Ortskern Stuhr stehen wir noch am Anfang der Entwicklung. Hier geht es darum, den Ortskern neu zu gestalten und auch privaten Eigentümern Förderung für Investitionen zu ermöglichen.



Voraussetzung für eine Umgestaltung des Ortskerns Stuhr ist ein von uns lange gefordertes Gesamtverkehrskonzept für die Gemeinde. Wir wollen die Kirche zurück ins Dorf holen. Dafür ist die Grundbedingung eine Umleitung des Schwerlastverkehrs. Wir wünschen uns eine größere Transparenz der Planungen als die in Brinkum. Bis heute hat der Bürger kein Ergebnis der Jury erfahren, die eindeutig einen Entwurf empfohlen hat. Der würde Raum lassen für unsere Vorschläge zur Platzgestaltung mit Kulturturn, Spielbereich für Familien, gleichberechtigter Nutzung durch alle Verkehrsteilnehmer und wenig Versiegelung.



Ein Ortskern muss ein Ort sein, wo man gerne hinkommt, sich mit Leuten trifft und gerne eine Weile bleibt. Vor allem die Jugend fordert gemeinsame, ihrem Alter entsprechende Treffpunkte. Bereits gemachte Erfahrungen sollten genutzt werden - eine stetige Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger und Transparenz bei der Entscheidungsfindung ist der Schlüssel zum Erfolg. Um Akzeptanz zu schaffen, sind die Ortskerne an den ÖPNV anzubinden. Des Weiteren muss Aufengastronomie bis nach 22 Uhr unter Einbeziehung der Anwohnerinnen und Anwohner möglich sein. Der Ortskern Brinkum muss ein Hotelstandort bleiben.



Für die akzentuierte Ortskerngestaltung Brinkums ist die bedarfsgerechte Ausgewogenheit von zentraler Bedeutung. Der Mehrwert wird hier aus dem Miteinander von Einzelhandels-, Dienstleistungs- und Gastronomie mit einem angegliederten Wohnumfeld entstehen. Bei der Aufwertung des Stuhrer Ortskerns als attraktive Veranstaltungen- und Begegnungsorte spielt die Verkehrssituation die entscheidende Rolle. Wenn wir dabei die Beruhigung und Entzerrung des Verkehrs erreichen wollen, müssen wir den entstehenden Ausweichverkehr ebenfalls bedenken.



In der Gemeinde Stuhr stehen in den kommenden Jahren hohe Investitionen an. Wie sollen diese finanziert werden und sollten dafür neue Schulden aufgenommen werden?

Die Gemeinde profitiert von hohen Steuereinnahmen, erwirtschaftet von den Bürgerinnen und Bürgern und Unternehmen. Diese Einnahmen und die bestehenden Rücklagen erlauben es uns, die Investitionen zu tätigen, die für die Zukunftsfähigkeit und den Werterhalt erforderlich sind. Für sehr langfristige Zukunftsinvestitionen wie den Hochwasserschutz wäre auch die Aufnahme von Krediten denkbar. Wir brauchen moderne Schulen, ausreichend Betreuungspunkte, eine gute Ausstattung der Feuerwehr und die Umsetzung des Hochwasserschutzes. Eine Erhöhung von Grund- oder Gewerbesteuer lehnen wir ab.

Der kommunale Haushalt ist gut und mehr als solide, weil wir in den vergangenen Jahren einen Investitionsstau hatten. Somit dürfte der Haushalt mittelfristig gesichert sein. Falls nötig, müssten kurzfristige Kredite aufgenommen werden, was bei der derzeitigen Zinslage kein Problem sein dürfte. Für einige Investitionen ließen sich auch Fördermittel akquirieren. Liquide Mittel sind vorhanden.

Die Gemeinde hat Investitionen von circa 100 Millionen Euro unter anderem in Schulen und Kitas beschlossen. Diese Investitionen sind angesichts des Investitionsstaus der letzten Jahre und der Herausforderungen in den Bereichen Kinder, Bildung und Verkehr unumgänglich. Stuhr wird sich hier verschulden müssen. Da der Investitionszeitraum aber groß ist und die Einnahmestruktur etwas eingeschränkt ist, gehen wir von einer gleichbleibenden und moderaten Verschuldung aus. Wir halten in der derzeitigen Lage eine Erhöhung der Gewerbe- und Grundsteuern zur Refinanzierung der Investitionen nicht für notwendig.

Investitionen sind gerade in Zeiten knapper Gelder wichtig und müssen notfalls auch mit Schulden finanziert werden. Allerdings muss immer auch die Frage nach der Notwendigkeit von Investitionen gestellt werden. Ist es richtig, Millionen im zweistelligen Bereich für eine Straßenbahnlinie auszugeben, die nicht nur am neuen Brinkumer Ortskern, sondern an den meisten Stuhrer Bürgern vorbeifährt? Mit einem Bruchteil der Summe könnte ein Bus zum Nulltarif finanziert werden, der alle Ortsteile verbindet und die Anbindung an Bremen sichert.

Wir setzen uns auch in finanziell angespannten Zeiten für eine nachhaltige Haushaltspolitik und eine Effizienzsteigerung durch eine moderne Verwaltung ein. Mit einer nachhaltigen Haushaltspolitik ermöglichen wir der nächsten Generation, ihre Heimat selbst gestalten zu können. Hierzu gehört eine mittel- bis langfristige Investitions- und Mittelabflussplanung. Bei dieser Planung müssen wir mit Blick auf den Haushalt und die Fragen stellen: Was wollen wir, was können wir und was müssen wir? Wir können nicht alles auf einmal umsetzen, wir müssen Prioritäten setzen.

Neben dem Bestreben, kontinuierlich weitere Flächen zu erschließen, kommt der Umgestaltung bereits vorhandener Flächen eine immer größere Rolle zu. Wir müssen aber auch strukturelle Änderungen der Wirtschaft einbeziehen und zum Beispiel mit Hilfe guter digitaler Infrastruktur, der günstigen geographischen Lage und verkehrstechnischer Anbindung vermehrte solche Wirtschaftsbereiche ansprechen, die ihrer Natur nach weniger flächenintensiv sind und die Stärken unserer Region einbringend einsetzen.



Investitionen in Höhe von rund 100 Millionen Euro stehen in der Gemeinde Stuhr an. Diese müssen finanziert werden. FOTO: JENS WOLFF/DPA

Die Flächen für Gewerbe werden in der Gemeinde Stuhr knapp. Wie wollen Sie der Wirtschaft trotzdem Platz zum Wachsen geben?

Wir möchten zukunftsreichen Unternehmen die Möglichkeit geben, in Stuhr zu bleiben und weiter gute Arbeitsplätze anzubieten. Stuhr fährt gut damit, die Wirtschaft als Partner zu sehen. Schließlich leistet sie einen erheblichen Beitrag zur Finanzierung unserer öffentlichen Aufgaben. Die Fläche der Gemeinde ist aber endlich, daher wird es eine Ausweisung neuer Gewerbeflächen - idealerweise mit Anbindung an die Hauptverkehrswege - geben, aber moderat. Zudem wünschen wir uns bei Neuansiedlungen einen gezielten Blick auf Zukunftsfähigkeit, Flächenverbrauch und Arbeitsplatzangebot der Unternehmen.

Wir müssen künftig weiter verantwortungsvoll mit unserem Grund und Boden umgehen. Dieser ist schließlich endlich und es muss geschaut werden, was wir damit anstellen. Es ist klar, dass wir unseren Gewerbebetrieben weiterhin Möglichkeiten zur Expansion bieten möchten. Dabei wollen wir aber vor allem auch Möglichkeiten in Betracht ziehen, wie zum Beispiel die Inwertsetzung bestehender Gewerbeflächen, die zurzeit brach liegen. Darüber hinaus müssen wir auch darüber nachdenken, wie wir mit wenig Flächenverbrauch die größte Effizienz erreichen können, zum Beispiel durch das Bauen eher in die Höhe.

Wir wünschen uns ein nachhaltiges Gewerbeflächenmanagement. Stuhr ist mit 400 Hektar ausgewiesener Gewerbeflächen Spitzenreiter unter den Kommunen der Region. Wir wollen in Gewerbegebieten die Bebauung verdichten und so den Flächenverbrauch reduzieren. Gewerbegebiete müssen durch die Gemeinde gemanagt werden, um Leerstände und die Nutzung als Abstellfläche zu vermeiden. Gewerbegebiete sollen Arbeitsplätze schaffen und für ein angemessenes Gewerbesteueraufkommen sorgen. Zudem setzen wir uns dafür ein, dass sich innovative und nachhaltig produzierende Unternehmen in unserer Gemeinde ansiedeln.

Es kann in Stuhr kein grenzenloses Wachstum geben, weder für Gewerbe noch für Wohnbebauung. Daher gilt es in erster Linie, die Qualität der vorhandenen Flächen zu steigern. Einfach ausgedrückt: Wenn in einem Gewerbegebiet eine Lagerhalle abgerissen wird, muss die Fläche für höherwertige Wirtschaftsflächen genutzt werden.

Gewerbeflächen in Stuhr sind begrenzt und zum Teil ineffizient genutzt. Daher muss die Gemeinde alle Mittel nutzen, um Ressourcen besser einzusetzen und dadurch eine maßvolle Ansiedlung hochwertiger Unternehmen zu fördern. Erweiterungen bestehender Betriebe haben dabei Vorrang. Bei der Auswahl von Neuansiedlungen soll, neben dem Flächenbedarf und der Steuerkraft, die Anzahl und Qualität der zu schaffenden Arbeitsplätze berücksichtigt werden. In der Ausweisung von Gewerbeflächen sollten Möglichkeiten von Erbbaurechten geprüft werden.

Extreme regionale Wetterereignisse treten seit Menschengedenken auf. Auf diese sollte man sich in aller Unaufgeregtheit gründlich vorbereiten haben. Dafür ist es wichtig, dass wir Schwachstellen frühzeitig erkennen, insbesondere bei Flusläufen und Eindeichungen, und konsequent die Mittel für Verbesserungen aufwenden. Zusätzlich müssen wir aber im Rahmen des Bevölkerungsschutzes natürlich auch ein zuverlässiges Alarmierungssystem gewährleisten.



Wohnraum in der Gemeinde Stuhr ist begehrt, aber auch teuer. Vor Kurzem ist die Kommune der Wohnbau Diepholz beigetreten. FOTO: BJÖRN HAKE

Der menschengemachte Klimawandel ist allgegenwärtig. Wie kann die Gemeinde Stuhr konkret etwas dagegen unternehmen - gerade auch mit Blick auf den Hochwasserschutz?

Der lange geplante Hochwasserschutz Klosterbach/Varreler Bäche muss schnell umgesetzt werden. Bei der Städteplanung müssen Starkregenereignisse berücksichtigt werden. Die Gemeinde kann ihren Beitrag zum Klimaschutz leisten: Gebäude energetisch sanieren, erneuerbare Energien ausbauen, bei der Mobilität den ÖPNV stärken, die Radinfrastruktur verbessern, Lademöglichkeiten für E-Fahrzeuge schaffen. Bei der Vergabe öffentlicher Aufträge wollen wir die Berücksichtigung von Umweltschutzziele in den Blick nehmen. Der geplante Neubau der KGS Brinkum könnte ein Leuchtturmprojekt für ökologisches Bauen werden.

Im Allgemeinen kann jeder etwas dazu beisteuern, den Klimawandel zu verlangsamen. Wir möchten uns dafür einsetzen, dass zum Beispiel Photovoltaik auf öffentlichen Gebäuden für die Zukunft der Standard ist. Der Hochwasserschutz ist gerade in Hinblick auf die aktuellen Ereignisse ein wichtiges Thema, das wir in jedem Falle weiter vorantreiben werden. Die aktuellen Planungen müssen kontinuierlich fortgeschrieben und aktualisiert werden. Hinzu kommt, dass wir bei der Ausweisung neuer Baugebiete auf die potenzielle Gefahr der Überschwemmung achten und im Zweifel auch auf eine Ausweisung verzichten müssen.

Für das Erreichen der Klimaschutzziele müssen erneuerbare Energien verstärkt ausgebaut werden. Solarenergie ist dabei ein wichtiger Baustein, sodass jedes geeignete Dach in Stuhr eine Photovoltaikanlage bekommen soll. Auf unsere Initiative hin fördert die Gemeinde bereits unter anderem Batteriespeicher. Dieses Programm wollen wir um die Beratung zu Photovoltaikanlagen erweitern. Wir beantragen die Überarbeitung und Fortschreibung des Klimaschutzkonzepts. Der Hochwasserschutz muss umgesetzt werden und die Gemeinde muss prüfen, inwieweit die Rettungskräfte auf den Katastrophenfall vorbereitet sind.

Es nutzt wenig, Bushäuschen zu begrünen oder Laubkörbe aufzustellen. Auch nutzt es wenig, große Pläne aufzustellen (Lärmaktionsplan/Mobilitätskonzept) ohne sich daran zu halten. Wichtig ist, den ÖPNV mit umweltfreundlicher Technologie auszurüsten. Bei großen Vorhaben (Ortskerne Stuhr/Brinkum) dürfen nicht Verkehrsprojekte des letzten Jahrhunderts Maxime sein. Es ist beschämend, wenn Parteien im Wahlkampf plötzlich ihr Interesse am Hochwasserschutz bekunden. Seit dem Hochwasser 1998 in Stuhr arbeitet Besser in der IG mit, deren Vorschläge und Anträge leider im Rat nicht immer auf fruchtbaren Boden fielen.

Der Klimawandel macht vor der Gemeinde Stuhr nicht Halt. Darunter leiden unter anderem auch die Bäume in unserer Region. Wir fordern Maßnahmen zum Erhalt und zur Ausweitung der Baumbestände und Alleen. Außerdem müssen Maßnahmen wie Blühstreifen, Pflege von ökologisch wertvollen Flächen seitens der Landwirtschaft gefördert werden. Zum Hochwasserschutz fordern wir: Beibehaltung von natürlichen Überflutungsflächen, keine weitere Flächenversiegelung in bebauten Gebieten, Überprüfung und Sanierung der Rohrleitungssysteme, Pflege vorhandener Gräben, Implementierung von Frühwarnsystemen.

Ganz besonders in Bereich des Sozialen Wohnungsbaus sehen wir die Notwendigkeit, zugleich auf mehreren Ebenen Maßnahmen zu ergreifen, um der Überhitzung des Wohnungsmarktes zu begegnen. Der Beitritt zur Wohnbau Diepholz war ein Schritt in die richtige Richtung. Weitere Möglichkeiten wie die Nutzung der Förderprogramme der N-Bank durch kommunale Träger, das Erschließen von Bauland sowie das Finden von Baulücken sollten wir ausschöpfen. Es gilt aber darüber hinaus, die richtigen Anreize zu schaffen für private Investoren auch und gerade in diesem Segment.

Die Gemeinde ist vor Kurzem der Wohnbau Diepholz beigetreten. Wie kann die Gemeinde Stuhr außerdem für bezahlbaren Wohnraum sorgen, ohne die Infrastruktur zu überlasten?

Die geplanten Projekte in den Ortsteilen - vor allem in Brinkum - werden schon einigen Druck auf dem Wohnungsmarkt nehmen und damit die Preisentwicklung hemmen. Die Überlastung der Infrastruktur ist immer zu vermeiden, daher sehen wir auch eher ein moderates Wachstum im Wohnbereich. Vor allem müssen die Projekte in die Landschaft passen. Ein Ansatz für unsere Gemeinde wäre es, die Bauvorschriften dahingehend zu prüfen oder zu ändern, dass bestehende Gebäude wie Wirtschaftsbauwerke und Dachböden ausgebaut oder umgewidmet werden oder Einfamilienhäuser zu Zweifamilienhäusern entwickelt werden.

Es könnten in anderen Ortsteilen Projekte mit der Wohnbau Diepholz realisiert werden. Im Rahmen von städtebaulichen Verträgen mit Investoren ließe sich vereinbaren, 20 Prozent der neu erstellten Wohnungen für den bezahlbaren Wohnraum vorzuhalten. Wenn die Kommune selbst als Investor auftritt, könnte man einen Kriterienkatalog aufstellen, der auch bezahlbaren Wohnraum beinhaltet. Ansonsten hat der Gesetzgeber schon einiges auf den Weg gebracht: Das Mieterschutzgesetz und seit Januar 2020 gibt es höheres Wohngeld für die Anspruchsberechtigten. Der Gesetzgeber arbeitet an weiteren Maßnahmen.

Sowohl mit den gemeindeeigenen 100 Wohnungen als auch über die Wohnbau schafft die Gemeinde günstigen Wohnraum. Das wollen wir ausbauen und weiter nutzen. Darüber hinaus gibt es in Stuhr einen großen Bedarf an Wohnungen für ältere Menschen und Häusern für Durchschnittsverdiener. Hier muss die Gemeinde über bestehende Verdichtung in den Ortskernen mehr Wohnungen schaffen. Für Familienhäuser stellen wir uns eine nachhaltige und ökologische Siedlung vor. Diese Planungen müssen mit möglichst geringem Flächenverbrauch und angepasst an die Kapazitäten von Schulen und Kindertagesstätten erfolgen.

Als in Alt-Brinkum der erste Bauernhof durch eine Stadtvilla ersetzt wurde, haben wir nach einer Überarbeitung der Bauleitplanung gerufen. Das war unseren hochbezahlten Verwaltungsspitzen zu viel Arbeit. Jetzt besteht fast ganz Alt-Brinkum nur noch daraus, die kleinen Nebenstraßen sind kaum in der Lage, den Individualverkehr zu verkraften. Zwischenrand kämpfen ein stolzer Hahn und eine kleine Sportanlage um ihre Existenz. So entsteht kein bezahlbarer Wohnraum. Der erste Schritt dazu kann nur eine Überarbeitung aller alten Bebauungspläne sein, um weiteren Wildwuchs an unbezahlbarem Wohnraum zu verhindern.

Für eine (li)ebenswerte Gemeinde fördern wir Wohnformen, die auch von Menschen mit geringem Einkommen bezahlt werden können. Der Einstieg in die Wohnbau Diepholz ist ein erster wichtiger Schritt. Gemeindegliederung und baureife Grundstücke könnten im Wege des Erbaurechts übertragen werden, um den mittlerweile sehr hohen Grundstückspreisen entgegenzutreten. Aufgrund vieler Spannungen bei Neubauprojekten der letzten Jahre, weil zum Beispiel Einfamilienhäuser durch große Mehrfamilienhäuser ersetzt worden sind, sind die 50 bis 60 Jahre alten Bebauungspläne auf Basis der heutigen Erkenntnisse anzupassen.